

Schleswig-Holstein: Die CDU stabilisiert sich in den Ballungsräumen

Die CDU hat ihr Hauptziel in Schleswig-Holstein erreicht: die absolute Mehrheit und damit das Vertrauen des größten Teils der Bevölkerung. Ministerpräsident Stoltenberg und seine Regierungsmannschaft können sich auch in den nächsten vier Jahren auf ein breites Wähler-votum für ihre Politik stützen. Wie der Ausgang der Landtagswahl im nördlichsten Bundesland im einzelnen zu bewerten ist, das geht aus der folgenden Analyse des Leiters des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Werner Kaltefleiter, hervor:

Wie schon nach der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz zeigt die öffentliche Diskussion um das Wahlergebnis eine erhebliche Verwirrung. Sie beruht auf den sehr unterschiedlichen Trendentwicklungen im Vergleich zur vorausgegangenen Bundestagswahl einerseits und zur vorausgegangenen Landtagswahl (oder auch Kommunalwahl) andererseits. Hier stellt sich zunächst die Frage, welcher Vergleich mit welcher Wahl sinnvoll ist.

Landtagswahlen 1975 und 1971 sind nur bedingt vergleichbar

Formal scheint natürlich ein Vergleich der Wahlen auf der gleichen Organisationsstufe zweckmäßig. Das bedeutet in diesem Fall einen Vergleich von Landtagswahl zu Landtagswahl. Diese Gegenüberstellung leidet jedoch an der Unvergleichbarkeit des deutschen Parteiensystems in der Periode 1969 bis 1972 und der gegenwärtigen Entwicklung seit 1972.

Das deutsche Parteiensystem war von 1969 bis 1972 durch den Umstrukturierungsprozeß der FDP gekennzeichnet, die sich vom Koalitionspartner der CDU/CSU für den sie in der Wählerschaft z. T. auch noch 1969 gehalten wurde, hin zu einem

Koalitionspartner der SPD entwickelte. Dieser Umstrukturierungsprozeß des Parteiensystems war mit einem Auswechseln eines großen Teils der FDP-Wählerschaft verbunden mit der Folge, daß die Ergebnisse der einzelnen Landtagswahlen, die zu verschiedenen Phasen dieses Prozesses stattfanden, jeweils sehr unterschiedliche Parteiensysteme widerspiegeln. Erst zur Bundestagswahl 1972 hat sich ein Parteiensystem herausgebildet, das über die gesamte Bundesrepublik wieder einheitlich ist.

Größter Zugewinn im Vergleich zur Bundestagswahl 1972

Der Vergleich zur Bundestagswahl 1972 zeigt mit 8,4 % den größten CDU-Zugewinn, den es bislang in allen Landtagswahlen nach dem 19. November 1972 gegeben hat. Entsprechend groß sind die Verluste der SPD (8,5 %). Nur vor dem Kanzlerwechsel gab es noch größere Einbußen, z. B. in Hamburg 9,5 %. Entsprechend normal ist das FDP-Ergebnis. Sie hat — wie seit dem Kanzlerwechsel üblich — etwa 1,5 % der Stimmen im Vergleich zur Bundestagswahl verloren.

Im Vergleich zur Landtagswahl 1971 ergibt sich dagegen ein anderes Bild. Hier hat die CDU geringfügig verloren. Dehnt man den Vergleich auf die Kommunalwahlen aus, so ist der Verlust noch etwas größer, während sich die SPD stabilisieren konnte und die FDP im Vergleich zur Landtagswahl deutliche Gewinne erzielte, aber damit nur einen Teil der Gewinne wiederholte, die sie bereits zur Bundestagswahl 1972 erzielt und zur Kommunalwahl 1974 wiederholt hatte.

Mangelnde Wahlbeteiligung bei CDU-Wählern

Fragt man nach den Ursachen für diese Veränderungen, so bieten sich zunächst folgende Hypothesen an:

Die Verluste der CDU sind in ihren ländlichen-mittelstädtischen Hochburgen relativ hoch. Das legt die Schlußfolgerung nahe, daß dort Wähler, die das Rennen für gelaufen hielten, nicht zur Urne gegangen sind.

Die sehr unterschiedliche Entwicklung der Wahlbeteiligung in den einzelnen Regionen deutet an, daß diesmal CDU-Anhänger nicht gewählt haben, während vor einem und vor vier Jahren teilweise enttäuschte oder unzufriedene SPD- und auch FDP-Wähler nicht zu den Urnen gegangen sind.

Die Parallelität der Verluste der CDU im Vergleich zur Landtagswahl zu der Entwicklung in der Bundestagswahl 1972 — wenn auch in minimalem Umfange — deutet darüber hinaus darauf hin, daß ein sehr mobiles, liberales Potential in

Schleswig-Holstein durch bestimmte Polarisierungstendenzen in der bundespolitischen Auseinandersetzung eher abgeschreckt wurde, zugleich war zu beobachten, daß diese Polarisierung die SPD-Basis wieder mobilisierte.

Schließlich ist nicht zu übersehen, daß die Identifikation der SPD mit Schmidt in den nördlichen Bundesländern generell ausgeprägter ist als in anderen Teilen der Bundesrepublik, was durch das vergleichsweise blasse Image von Matthiesen erleichtert wurde. Der generell rückläufige wirtschaftliche Pessimismus hat darüber hinaus die Intensität des bundespolitisch oppositionellen Wahlverhaltens reduziert.

CDU stabil in den urbanisierten Gebieten

Eine regionale Aufteilung des Ergebnisses zeigt, daß das CDU-Ergebnis im Hamburger Umland leicht gestiegen und in den übrigen Städten weitgehend stabil ist. Für die langfristige Entwicklung der Partei, insbesondere auch im Hinblick auf die Bundestagswahl 1976, ist diese Stabilität in den urbanisierten Gebieten zweifellos von größerer strategischer Bedeutung als gewisse Verluste in ihren ländlichen Hochburgen.

Eine Aufteilung des Wahlgebietes nach der Vorherrschaft bestimmter sozialer Gruppierungen bestätigt dieses Bild. Die Verluste der CDU sind überdurchschnittlich in Gebieten mit einem hohen Anteil von Land- und Forstwirtschaft (— 3,1 %) und Selbständigen (— 2,9 %). Sie konnte sich behaupten in Gebieten mit einem hohen Anteil von Angestellten (+ 0,5 %) und Beschäftigten in Handel und Verkehr (+ 0,2 %).

Analog ist die Entwicklung der SPD, die am stärksten in Gebieten mit einem hohen Anteil von Angestellten (— 3,5 %), von Beschäftigten im Handel und Verkehr (— 2,9 %) und in den Städten (— 2,3 %) verloren hat. Die geringsten Verluste der SPD traten in ländlichen Gebieten auf (— 0,3 %). In den ausgesprochen landwirtschaftlichen Gebieten gewann sie jedoch 1,4 %, in Gebieten mit hohem Anteil von Selbständigen 1,1 % hinzu.

Im Gegensatz zu diesen deutlichen schichtspezifischen Unterschieden bei den großen Parteien sind die Gewinne der FDP im Vergleich zur Landtagswahl 1971 relativ gleichförmig. Sie realisierte etwa 80 % ihres Stimmenanteils von der Bundestagswahl 1972.

Im einzelnen zeigt sich im Vergleich zur Landtagswahl folgende Wählerbewegung: Die CDU konnte 86 % ihrer Wählerschaft halten. Sie gab 2,4 % an die SPD und 2,1 % an die FDP ab, konnte sich aber bei der SPD durch Gewinne in gleichem Umfang schadlos halten. Dagegen konnte die SPD nur 80 % ihrer Wähler von 1971 halten. Sie gab jeweils 2,4 % an die CDU und die FDP ab. Die FDP konnte ihre Wähler von 1971 halten und etwas stärker von der SPD als von der CDU hinzugewinnen.

Vorläufiges Endergebnis der Wahlen in Schleswig-Holstein

	1975		1971		Bundestags- wahl 1972		
Wahlberechtigte	1 836 521		1 807 818				
abgegebene Stimmen	1 503 986		1 421 034				
Wahlbeteiligung	82,5 %		79,2 %				
		%	Sitze		%	Sitze	%
CDU	757 907	50,4	37	737 120	51,9	40	42,0
SPD	603 023	40,1	30	582 420	41,0	32	48,6
FDP	107 016	7,1	5	54 099	3,8	—	8,6
SSW	20 698	1,4	1	19 720	1,4	1	—
NPD	8 104	0,5	—	18 822	1,3	—	0,5
DKP	5 919	0,4	—	5 278	0,4	—	0,2
Sonstige	1 399	0,1	—	3 575	0,3	—	

So wurde in den Wahlkreisen gewählt

Ergebnisse in Prozenten; Ergebnisse der vergangenen Legislaturperiode in Klammern

Wahlkreis	CDU	SPD	FDP	SSW	NPD	DKP
Flensburg-West	36,4 (38,1)	39,4 (40,4)	5,0 (2,2)	18,3 (18,0)	0,4 (0,7)	0,3 (0,3)
Flensburg-Ost	43,0 (44,6)	37,6 (38,8)	6,3 (2,5)	12,3 (12,4)	0,5 (1,3)	0,3 (0,2)
Flensburg-Land	50,7 (55,3)	34,0 (31,7)	5,6 (2,7)	9,0 (8,2)	0,5 (1,7)	0,2 (0,2)
Süd-Tondern	54,0 (55,7)	33,0 (34,8)	7,1 (3,6)	4,9 (4,8)	0,4 (0,8)	0,3 (0,2)
Husum-Land	56,6 (61,9)	31,2 (27,8)	6,8 (3,4)	4,5 (5,4)	0,5 (1,2)	0,2 (0,2)
Husum-Eiderstedt	46,8 (49,1)	37,2 (38,0)	10,8 (6,3)	4,3 (4,9)	0,6 (1,4)	0,2 (0,2)
Schleswig-West	62,0 (65,1)	29,3 (27,4)	5,6 (3,2)	2,2 (1,9)	0,6 (2,0)	0,2 (0,2)
Schleswig	48,0 (51,7)	38,2 (37,1)	6,7 (3,7)	6,2 (5,8)	0,6 (1,5)	0,2 (0,1)
Eckernförde	50,7 (51,7)	40,3 (41,8)	6,2 (2,7)	1,9 (2,3)	0,3 (1,0)	0,4 (0,3)
Dithmarschen-Nord	55,3 (58,0)	36,7 (34,8)	6,6 (3,4)	()	0,9 (3,3)	0,2 (0,2)
Dithmarschen-Süd	53,9 (55,3)	38,5 (38,3)	6,3 (3,3)	()	0,9 (2,7)	0,3 (0,2)
Rendsburg-West	64,0 (66,0)	28,8 (27,4)	5,8 (3,6)	0,3 (0,3)	0,7 (2,4)	0,4 (0,2)
Rendsburg	45,5 (48,4)	44,6 (45,1)	8,2 (4,2)	1,1 (1,1)	0,4 (1,0)	0,2 (0,1)
Rendsburg-Ost	54,1 (56,5)	37,3 (37,8)	7,6 (3,9)	()	0,4 (0,9)	0,3 (0,2)
Neumünster-Nord	50,2 (52,2)	42,1 (41,9)	6,9 (4,2)	()	0,3 (1,0)	0,4 (0,4)
Steinburg-Ost	51,8 (53,2)	40,5 (41,4)	6,2 (3,1)	()	1,0 (1,8)	0,5 (0,4)
Steinburg-Süd	53,9 (55,3)	38,5 (38,3)	6,3 (3,3)	()	0,8 (1,8)	0,4 (0,4)
Elmshorn	53,9 (49,4)	36,8 (44,3)	8,2 (4,5)	()	0,4 (1,0)	0,6 (0,6)
Pinneberg-Elbmarschen	48,4 (48,8)	42,2 (45,0)	8,4 (4,3)	()	0,3 (0,7)	0,5 (0,5)
Pinneberg	49,4 (49,1)	39,3 (44,1)	10,1 (5,0)	()	0,5 (0,9)	0,4 (0,5)
Pinneberg-Nord	56,2 (58,5)	34,8 (35,6)	7,7 (4,1)	()	0,4 (1,0)	0,8 (0,4)

Wahlkreis	CDU	SPD	FDP	SSW	NPD	DKP
Segeberg-Ost	58,0 (61,2)	33,2 (32,4)	7,8 (4,1)	()	0,8 (1,8)	0,2 (0,1)
Segeberg-West	55,0 (60,3)	34,7 (33,4)	9,3 (4,4)	()	0,7 (1,6)	0,3 (0,2)
Neumünster	48,1 (49,4)	44,2 (44,9)	6,8 (4,2)	()	0,3 (0,8)	0,3 (0,4)
Kiel-Nord	44,3 (44,5)	47,0 (49,2)	7,4 (4,1)	0,3 (0,6)	0,3 (1,0)	0,3 (0,3)
Kiel-Mitte	51,3 (52,6)	39,2 (40,7)	8,6 (4,8)	()	0,4 (1,1)	0,5 (0,5)
Kiel-West	41,7 (43,1)	49,7 (50,8)	7,5 (4,2)	()	0,4 (1,0)	0,6 (0,6)
Kiel-Süd	42,1 (42,0)	50,6 (52,4)	6,3 (3,5)	()	0,4 (1,0)	0,4 (0,7)
Kiel-Ost	34,2 (34,7)	59,0 (60,0)	5,5 (2,9)	()	0,3 (1,0)	0,7 (1,2)
Plön-Nord	49,3 (50,4)	44,2 (44,8)	5,7 (3,0)	()	0,4 (1,1)	0,3 (0,4)
Plön-Süd	54,6 (55,5)	38,1 (39,2)	6,2 (3,2)	()	0,6 (1,4)	0,5 (0,5)
Oldenburg	51,2 (53,7)	42,7 (41,6)	5,3 (3,3)	()	0,4 (1,0)	0,3 (0,2)
Eutin-Nord	53,7 (55,4)	38,4 (39,3)	6,8 (3,5)	()	0,7 (1,4)	0,2 (0,3)
Eutin-Süd	52,3 (54,1)	39,8 (40,4)	7,0 (3,8)	()	0,7 (1,3)	0,3 (0,3)
Lübeck-Ost	45,8 (46,9)	47,1 (47,3)	5,8 (3,4)	()	0,8 (1,6)	0,5 (0,5)
Lübeck-Süd	50,2 (51,4)	41,2 (41,9)	7,4 (4,5)	()	0,8 (1,5)	0,4 (0,4)
Lübeck-Mitte	44,2 (45,7)	48,6 (48,8)	5,8 (3,3)	()	0,8 (1,4)	0,5 (0,5)
Lübeck-Nord	43,6 (44,9)	48,3 (49,3)	6,9 (3,6)	()	0,6 (1,3)	0,6 (0,5)
Stormarn	53,5 (55,5)	38,5 (39,0)	6,7 (3,8)	()	0,5 (1,2)	0,5 (0,3)
Norderstedt	47,1 (46,0)	42,7 (47,2)	9,3 (5,3)	()	0,4 (0,8)	0,5 (0,4)
Lauenburg-Ost	55,6 (57,6)	36,9 (37,2)	6,4 (3,1)	()	0,6 (1,5)	0,3 (0,3)
Lauenburg-Süd	49,6 (51,1)	41,9 (43,0)	7,4 (4,0)	()	0,5 (1,1)	0,6 (0,7)
Reinbek	52,2 (52,1)	37,8 (41,8)	9,1 (4,4)	()	0,4 (0,9)	0,5 (0,4)
Ahrensburg	53,0 (52,5)	36,3 (39,4)	9,6 (6,3)	()	0,5 (1,2)	0,6 (0,4)

Ergebnisse der letzten Landtagswahlen

Land	letzte Wahl	Ergebnisse (in Prozenten)						Sonst.	nächste Wahl
		CDU	SPD	FDP	NPD	DKP			
West-Berlin	2. 3. 1975	44,0	42,7	7,2	3,4 ³⁾	1,9 ⁴⁾	0,8	1979	
Bad.-Wttg)	23. 4. 1972	52,9	37,6	8,9	—	0,5	0,1	April/Mai 1976	
Bayern ¹⁾	27. 10. 1974	62,1 ¹⁾	30,7	5,2	1,1	0,4	1,0	1978	
Bremen	10. 10. 1971	31,6	55,3	7,1	2,8	3,1	—	28. September 1975	
Hamburg	3. 3. 1974	40,6	44,9	10,9	0,8	2,2	0,6	1978	
Hessen	27. 10. 1974	47,3	43,2	7,4	1,0	0,9	0,2	1978	
Nieder-sachsen	9. 6. 1974	48,8	43,1	7,0	0,6	0,4	0,0	1978	
NRW	14. 6. 1970	46,3	46,1	5,5	1,1	0,9	0,1	4. Mai 1975	
Rheinland-Pfalz	9. 3. 1975	53,9	38,5	5,6	1,1	0,5	0,3	1979	
Saarland	14. 6. 1970	47,8	40,8	4,4	3,4	3,7	0,9	4. Mai 1975	
Schleswig-Holstein	13. 4. 1975	50,4	40,1	7,1	0,5	0,4	1,5	1979	
Bundestag	29. 11. 1972	44,9 ²⁾	45,8	8,4	0,6	0,3	0,1	November 1976	

1) CSU 2) CDU/CSU 3) BFD 4) SEW

Denkpause für eine linkslastige FDP

Der nordrhein-westfälische Innenminister Willi Weyer machte innerhalb von knapp drei Wochen zweimal mit Äußerungen über seine Zukunft von sich reden. Auf einem Empfang von Ministerpräsident Kühn am 21. März erklärte er, die Sonthofener Rede des CSU-Vorsitzenden Strauß sei unter anderem Anlaß für seine „Reaktivierung“. Seine Bemerkung legte den Schluß nahe, er werde Innenminister bleiben und als Präsident des Deutschen Sportbundes zurücktreten. Vor wenigen Tagen revidierte Weyer seine überraschende Ankündigung: „Nach Ablauf der Legislaturperiode scheidet ich aus der aktiven Politik aus.“

Am 22. März, einen Tag nach Weyers erster Äußerung über seine politische Zukunft, hatte ihm sein ehemaliger Staatssekretär und langjähriger Vertrauter, Heinrich Stakemeier, einen Brief geschrieben. Darin warnte er Weyer davor, sich vor den falschen Karren spannen zu lassen. In Düsseldorf gilt es als wahrscheinlich, daß dieses Schreiben den schwankenden Weyer beeindruckte und schließlich dazu führte, daß sich der „liberale Markenartikel“ (Kühn) neu besann. Stakemeier war wegen des umstrittenen FDP-Kirchenpapiers aus der Partei ausgetreten. Er mußte gegen den Willen seines Chefs auf Drängen des Landesvorsitzenden Riemer seinen Platz im Innenministerium räumen. Hier der Wortlaut des Briefes:

„Sehr geehrter Herr Abgeordneter Weyer!

Nach Zeitungsmeldungen vom 21. 3. sollen Sie erklärt haben, Franz Josef Strauß habe sie ‚reaktiviert‘, das heißt Eintritt in den Wahlkampf für die linksorientierte Basis der sogenannten FDP, das mich in einiges Erstaunen versetzt. Der ‚Spiegel‘-Bericht kann doch für Sie keine seriöse Erkenntnisquelle sein. Strauß steht doch mit uns in der Mitte und hat sich in vielen Staatsämtern im Sinne unseres freiheitlichen Rechtsstaates, im Sinne des Grundgesetzes bewährt.

Ich dachte, das Verhalten Herbert Wehners mit seinen schlechten Manieren im Parlament — der entsetzten Öffentlichkeit im Fernsehen oftmals vorgeführt — oder die Thesen der Judo- und Juso-Kongresse hätten Sie ‚reaktivieren‘ können, um als anerkannter Ordnungsfaktor der Mitte Signale zu setzen. Strauß soll es gewesen sein? Das verstehe ich nicht, wenn ich auch einräume, kein Politiker zu sein.

Von Strauß droht keine Gefahr. Er propagiert nicht den demokratischen Sozialismus auf marxistischer Grundlage in Richtung einer sozialistischen Diktatur, abgedeckt durch die Ideologie einer großen Weltmacht. Strauß ist doch kein System-

veränderer linksradikaler oder rechtsradikaler Prägung und kein Verfechter vergifteter Rahmenrichtlinien —, er ist auch kein Grotewohl, der uns über Nacht verkaufen würde. Strauß, den ich aus der Ferne immer kritisch beobachtet habe, ist sein Leben lang Patriot im guten Sinne als Katholik und konservativer Demokrat im westlichen Sinne gewesen und bis zum heutigen Tag geblieben. Ist das schimpflich oder unehrenhaft? Lesen Sie bitte den Artikel von Fack in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 18. 3. 1975.

Zugegeben, Herr Abgeordneter Weyer, in der Mitte und rechts von der Mitte stehende Katholiken und Patrioten im konservativen Lager wie Strauß und viele Millionen in unserem Volk passen zur Zeit nicht in die linkslastig marxistisch orientierte politische Landschaft oder Großwetterlage. Wer wüßte das besser als ich. Protestant gegen das anti-katholische FDP-Kirchenpapier? Ich habe in Auswirkung meines Protestschreibens vom 9. 11. an Herrn Scheel die Konsequenz in voller Härte auf mich nehmen müssen — zugleich um Sie zu retten — und ich weiß daher, woher der Wind weht.

Wie schon zuvor erwähnt, hätte ich annehmen dürfen, der Judo-Kongreß und das verbale Schauturnen des Herrn Genscher im Bundestag in der vergangenen Woche hätten Sie erneut Position als Ordnungsfaktor der Mitte beziehen lassen. Oder ist Ihnen nicht aufgefallen, daß Genscher sich zwar wortreich von den Judos distanzierte, aber beflissentlich davon absah, diesen Herrschaften die Gelder zu sperren?

Haben Sie das Titelbild des ‚Stern‘-Magazins vom 30. 3. 1975 mit dem Zerrbild des Franz Josef Strauß und mit dem unglaublichen Artikel des Herrn Nannen (Brandt-Begleiter nach Moskau und dem Motto ‚Das andere Deutschland‘) gelesen, und zwar unter dem Gesichtspunkt des Artikel 1 des Grundgesetzes? (Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.) Und vor wessen Karren will sich der Abgeordnete Willi Weyer spannen lassen? Franz Josef Strauß soll Sie ‚reaktiviert‘ haben, um Hand- und Spanndienste für die linksorientierte FDP mitsamt Judos im Wahlkampf 1975 unter dem großen ‚5 vor 12‘-Staatsmann, Parteiführer und Verlierer von Oberhausen, Dr. Riemer, zu leisten, der Ihnen so schwere Demütigungen vor und nach dem Parteitribunal von Leichlingen zur Aburteilung des gegen das Kirchenpapier protestierenden Katholiken Stakemeier zugefügt hat?

Als parteiloser Staatsbürger bin ich der Ansicht, daß der linkslastig orientierten Basis der FDP am 4. 4. 1975 eine Denkpause verpaßt werden müßte. Helfen Sie mit, Herr Minister Weyer, daß das Wirklichkeit wird. Treten Sie nicht für Ihre ‚Freunde‘ ein. Sie werden nur als Rettungsring benötigt, den man bekanntlich zur Seite legt, wenn man wieder an Land ist. Verweigern Sie sich diesen Leuten, es wäre eine große Tat für unser Land!

Fast hätte ich vergessen zu sagen, daß Herr Strauß zu keinem Zeitpunkt angekündigt hat, die Betriebe zu mobilisieren. Das war jener Herr, der sich Ehrenbürger von Lübeck nennen darf und geduldet hat, daß Wehner die Präsidentin des Deutschen Bundestages höhnisch brüskieren durfte.“

Chronik des Bundestages

— für die Woche vom 9. bis 11. April 1975 —

Verabschiedete Gesetze

Datum	Gegenstand	Abstimmung
10. 4. 1975	Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes Der Gesetzentwurf, von der Regierung aufgrund des Vorschlags einer vom Bundespräsidenten berufenen Wahlkreis-Kommission vorgelegt, umfaßte	gegen 4 Stimmen angenommen
	1. Abgabe von Wahlkreisen der Länder Hamburg und Nordrhein-Westfalen zur Berücksichtigung vom Bundesverfassungsgericht gezogener Normen der Bevölkerungsentwicklung	
	2. Anpassung der Wahlkreise an die Gebietsreform	
	3. Wahlrecht der Deutschen im Ausland	
	4. Sicherstellung korrekter Wahlergebnisse	
	Gesetz zur Änderung über die Kosten der Zwangsvollstreckung	einstimmig angenommen
	Änderung des Saatgutgesetzes	einstimmig angenommen
	Gesetz zur Förderung von Wohnungseigentum und Wohnbesitz im sozialen Wohnungsbau	bei 3 Enthaltungen
	CDU/CSU stellte 4 Abänderungsanträge:	aus den Reihen der Opposition angenommen
	a) zur Schaffung breitgestreuten Eigentums für breite Bevölkerungskreise	(gegen die Opposition)
	b) zur Gewährung von Eigenkapitalbildungshilfe für die sonst zur Eigentumbildung unfähigen Erwerber des Wohnbesitzbriefes	
	c) zur Beseitigung einer Präferenz für den Wohnbesitzbrief	
	d) zur Umwandlung der Forderung auf einstimmigen Beschluß in einen Mehrheitsbeschluß der Beteiligten bei Überführung in volles Wohnungseigentum	
	Nach Ablehnung dieser 4 Anträge lehnte die CDU/CSU das Gesetz in 3. Lesung ab.	

Sonstige Tagesordnungspunkte

9. 4. 1975 Regierungserklärung über humanitäre Anstrengungen für Vietnam
10. 4. 1975 Regierungserklärung über Schaffung finanziellen Beistandsfonds der OECD